



Der Informationsdienst der **DPoIG** Baden-Württemberg

Nr. 16

27. April 2011

Alle unsere Beiträge sind mit einer Quellenangabe versehen und geben nicht unbedingt die Meinung der DPoIG und der ID-Redaktion wieder.

Eigene Bewertungen und Anmerkungen sind als solche gekennzeichnet.

Der DPoIG-ID erscheint ca. wöchentlich. Nachdruck honorarfrei. Quellenangabe erbeten.

Inhalt

01 „Der Wechsel beginnt“

GRÜNE übernehmen fünf und die SPD sechs Ressorts

**Der Koalitionsvertrag:
Auszüge und erste Anmerkungen der DPoIG zu ausgewählten Themenbereichen**

02 Stuttgarter Polizeipräsident Stumpf geht aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand

**01 „Der Wechsel beginnt“
GRÜNE und SPD stellen ihren Koalitionsvertrag der Öffentlichkeit vor
GRÜNE übernehmen fünf und die SPD sechs Ressorts**

Quelle: Badische Zeitung, u.a. vom 27.04.2011



Über den 88 Seiten starken Koalitionsvertrag stimmen am 7. Mai Sonderparteitage der Grünen in Stuttgart und der SPD in Sindelfingen ab. Am 12. Mai soll der 62-jährige Kretschmann zum Regierungschef gewählt werden. CDU und FDP warnen vor einem Abstieg des Erfolgslandes Baden-Württemberg.



"Es kommt darauf an, dass wir in einer Partnerschaft auf Augenhöhe fünf Jahre lang gut regieren", sagte Kretschmann. **Die Sozialdemokraten übernehmen sechs und die**

Grünen fünf Ressorts. Am Kabinetttisch haben die Grünen allerdings eine Stimme mehr als die Sozialdemokraten – das liegt an weiteren stimmberechtigten Regierungsgliedern.

Die SPD bekommt das wichtige Kultusministerium. Als heiße Kandidatin auf den Posten gilt die Mannheimer Schulbürgermeisterin Gabriele Warminski-Leitheußer, aber auch der Fraktionsexperte Frank Mentrup ist noch im Rennen. Kretschmann kündigte einen "echten Bildungsaufbruch" an.

Künftig soll es mehr Ganztagschulen und als Ergänzung zum bisherigen Angebot auch die Gemeinschaftsschule bis zur Klasse 10 geben. "Die Ganztagsangebote sind eine zentrale Weichenstellung, um den Bildungserfolg nicht von der sozialen Herkunft abhängig zu machen", erklärte Kretschmann.

Der 62-Jährige bekommt im Staatsministerium einen zusätzlichen Minister, einen Staatssekretär und einen Staatsrat, die Stimmrecht in der Regierung erhalten. Die Grünen übernehmen zudem das Ressort für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft und kontrollieren damit auch die Atomkraftwerke im Land. Als Favorit auf den Posten gilt der Fraktionsvize und Umweltexperte Franz Untersteller.

Grüne und SPD wollen den Ausstieg aus der Atomkraft vorantreiben. "Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die alten Meiler nicht mehr ans Netz gehen", sagte Kretschmann. Er fügte hinzu: "Wir werden dieses Land zum Musterländle für erneuerbare Energien machen."

Die Grünen stellen außerdem den Wissenschafts- und den Agrarminister. Für das Ressort Wissenschaft gilt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Theresia Bauer aus Heidelberg als gesetzt.

Die SPD-Spitze hat sich bereits auf einen Teil ihres Regierungspersonals geeinigt. Nach dpa-Informationen aus Parteikreisen soll der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Reinhold Gall, Innenminister werden. Für das Justizressort ist der zuständige Fraktionssprecher Rainer Stickelberger aus Weil am Rhein-Haltingen vorgesehen.

Der 38-jährige Generalsekretär der Landes-SPD und Bundestagsabgeordnete, Peter Friedrich, soll das Land in Berlin als Bundesbeauftragter vertreten. Für das Ressort Arbeit und Soziales kommt Fraktionsvize Katrin Altpeter infrage. "Die Koalition hat sich zum Ziel gesetzt, Baden-Württemberg zum Musterland für gute Arbeit zu machen", sagte Schmid. ...

Auszüge aus dem Koalitionsvertrag Seiten 65 bis 70

<http://www.gruene-bw.de/fileadmin/gruenebw/dateien/Koalitionsvertrag-web.pdf>

Mit ersten Anmerkungen der DPoIG zu ausgewählten Themenbereichen

Sicherheit und Freiheit schützen

Die Wertorientierungen des Grundgesetzes bilden die Grundpfeiler des Zusammenlebens in unserem Land. Sicherheit und Schutz vor Kriminalität sind eine Voraussetzung für Freiheit. Nur in einem sicheren Land können sich die Bürgerinnen und Bürger frei bewegen und ihre Freiheitsrechte nutzen.

Wir stellen uns dabei den Herausforderungen an eine rechtsstaatliche Politik, die den Bürgerinnen und Bürgern zugleich Freiheit und Sicherheit gewährt. Freiheit und Sicherheit werden wir nicht gegeneinander ausspielen. Kriminalität, Terrorgefahren und neue Gefahrenlagen werden wir bekämpfen, ohne die Freiheitsrechte unverhältnismäßig einzuschränken.

Bürgernahe Polizei

Wir wollen das Leitbild einer bürgernahen Polizei in Baden-Württemberg weiterentwickeln. Sie ist der Garant der Inneren Sicherheit und braucht eine angemessene Ausstattung, Ausbildung und Besoldung, um in Zukunft ihre Aufgaben erfolgreich erfüllen zu können.

Wir werden die Leistungsfähigkeit der Polizei stärken und insbesondere ihre **Personalstärke sichern**. Wir werden auch ein **Modernisierungsprogramm für die Polizeitchnik auflegen**, um die eklatanten Versäumnisse der Vergangenheit bei der Modernisierung der Informations-, Kommunikations- und Telekommunikationstechnik sowie bei der Einsatz-, Verkehrsüberwachungs- und Kriminaltechnik wettzumachen.

Zu einer effizienten Polizei gehören leistungsfähige Strukturen. Wir werden die **Polizeistrukturen überprüfen** mit dem Ziel, die Basisdienststellen zu stärken, Freiräume für operative Schwerpunkte zu gewinnen und insgesamt die Aufgabenwahrnehmung bei flachen Hierarchien noch erfolgreicher zu gestalten. An diesem ergebnisoffenen Prozess werden wir alle Betroffenen von Anfang an beteiligen.

Wir werden alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, damit Baden-Württemberg bei der Verfolgung von **Wirtschaftskriminalität** und bei der Bekämpfung der **Korruption** vorbildlich wird.

Erste Anmerkungen der DPoIG

Diese Aussagen sind rundum zu begrüßen, insbesondere die Sicherung der Personalstärke. Wünschenswert gewesen wäre allerdings zumindest ein teilweiser Ausgleich für den Stellenabbau in den letzten Jahren.

Vor einer neuerlichen, großangelegten Organisationsuntersuchung mit weitreichenden Strukturveränderungen warnen wir. Die Polizei wurde in den vergangenen Jahren mehrfach „runderneuert“. Reorganisation, Postenstrukturreform und Verwaltungsreform haben ihre Spuren hinterlassen. An der polizeilichen Basis sind die immer wieder versprochenen „Ressourcengewinne“ leider nie spürbar angekommen.

Personalabbau bei der Polizei stoppen

Wir werden den **Personalabbau im Polizeivollzug und im Nichtvollzug stoppen** und Neueinstellungen vornehmen, wo unabdingbar personelle Lücken geschlossen werden müssen. Die Polizeibeamtinnen und -beamten werden dadurch **von polizeifremder Arbeit entlastet** und können sich verstärkt auf ihre eigentlichen polizeilichen Aufgaben konzentrieren. Denn wir wollen die **Polizeipräsenz in der Fläche verbessern**. Wir streben zudem an, ausreichende **Planvermerke zur wechselseitigen Besetzung von Vollzugs- und Nichtvollzugsstellen zu schaffen**.

Erste Anmerkungen der DPoIG

Ein zumindest teilweiser Rückbau des geleisteten Stellenabbaus wäre besser als der Stopp von nahezu abgeschlossenen Abbauverpflichtungen.

Bleibt zu hoffen, dass auch die derzeitigen Untersuchungen nach „Effizienzgewinnen“ zum Beispiel im Bereich der polizeilichen IuK zu den Akten gelegt werden und keine neuen Stellenabbauverpflichtungen aufgetan werden.

Ausdrücklich begrüßen wir die Ausweitung der Planvermerkregelungen zur wechselseitigen Besetzung von Vollzugs- und Nichtvollzugsstellen. Für die DPoIG hat gleichwohl die Schaffung eines gemeinsamen Stellenplans für die gesamte Polizei absolute Priorität.

Wir werden zudem Sorge dafür tragen, dass angesichts der anstehenden Pensionierungswelle bei der Polizei frühzeitig Polizeinachwuchs in ausreichendem Umfang ausgebildet wird. Vor dem Hintergrund des doppelten Abiturjahrgangs wollen wir im Jahr 2012 die Zahl der **Neueinstellungen von derzeit 800 Polizeinachwuchskräften**

ten ausweiten. Neben den Sicherheitsaspekten leisten wir damit auch einen Beitrag zur Sicherung der Zukunftsperspektiven junger Menschen. Bei der Anwerbung von Polizeinachwuchs wollen wir ein besonderes Augenmerk darauf legen, dass mehr Migrantinnen und **Migranten** für den Polizeidienst gewonnen werden.

Wir werden den **Freiwilligen Polizeidienst mittelfristig auflösen.** Als Sofortmaßnahme werden wir **das Budget einfrieren** und **keine neuen Angehörigen für den Freiwilligen Polizeidienst einstellen.** Die freiwerdenden Mittel werden wir für die Verbesserung der Personalausstattung der regulären Polizei in den Polizeirevieren verwenden. Auch diese Maßnahme trägt dazu bei, die sichtbare Präsenz der Polizei in der Fläche zu verbessern.

Erste Anmerkungen der DPOIG

Wie die sichtbare Präsenz bei den Polizeirevieren durch die freiwerdende Mittelverwendung verbessert werden soll, muss uns noch jemand erklären. Es wird einige Jahre dauern, bis der erste, aus dieser Mitteleinfrierung zusätzlich ausgebildete Polizeibeamte bei einem VfB, FC oder KSC-Spiel die Verkehrsregelung übernimmt und seine hauptamtlichen Kollegen am Wochenende oder auch nur zur Aufrechterhaltung der Mindestdienststärke entlastet. Mit dieser Absichtserklärung haben wir gerechnet. Applaus der DPOIG gibt es dafür aber nicht. Beifall wird es von denjenigen geben, die schon bisher sehr abfällig über unsere Ehrenamtlichen geredet haben.

Zweigeteilte Laufbahn einführen

Der Polizeiberuf stellt sehr hohe Anforderungen an die Beamtinnen und Beamten. Diese verantwortungsvolle Tätigkeit muss auch angemessen vergütet werden. Wir werden deshalb die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die bisherigen **Angehörigen des mittleren Dienstes schrittweise in den gehobenen Dienst übergeleitet** werden und damit Zug um Zug die zweigeteilte Laufbahn einführen. Dabei werden wir einen **Einstellungskorridor für den mittleren Dienst einrichten**, um Realschulabgängern auch künftig den Zugang zum Polizeiberuf offen zu halten.

Erste Anmerkungen der DPOIG

Einstellungskorridor für Realschulabgänger und zweigeteilte Laufbahn geht eigentlich nicht. Wenn die neue Landesregierung mit dieser Erklärung jedoch auf das „Laufbahn- und Besoldungsmodell“ der DPOIG mit einer Regellaufbahn von A 8 bis A 11 anspielt, hat sie unsere volle Unterstützung.

Wir werden die **Einführung eines eigenständigen Berufsbildes des Polizeifachangestellten** auf den Weg bringen.

Erste Anmerkungen der DPOIG

Das ist eine uralte Forderung der DPOIG und hat unsere volle Unterstützung. Mögliche Maßnahmen zur vorübergehenden Verbesserung der Aufstiegsmöglichkeiten gibt es reichlich, sowohl aus dem TVL (z.B. Stufenaufstieg) selbst, wie aus der Kompetenz des Dienstherren zur Schaffung höherwertigerer Stellenprofile. Hier kann sich der neue Finanzminister echt beweisen. Bislang hat sein Ressort alle Höhergruppierungsanträge abgeblockt.

Die **Aufstiegsmöglichkeiten für die Tarifbeschäftigten bei der Polizei sowie die Besoldungs- und Beförderungssituation bei den Verwaltungsbeamtinnen und -beamten** bei der Polizei werden wir auf den Prüfstand stellen mit dem Ziel, die derzeitige unbefriedigende Situation zu **verbessern**.

Gleichstellung auch bei der Polizei

Zu einem modernen Polizeimanagement gehört die Gleichstellungspolitik, um wirksamen Schutz vor Diskriminierung zu gewährleisten. Wir werden deshalb eine zentrale Beschwerdeinstanz für Angehörige der Polizei (Ombudsmann) schaffen. Die Gleichstellung homosexueller Polizistinnen und Polizisten werden wir durch die Benennung von Gleichstellungsbeauftragten gewährleisten.

Kommunale Kriminalprävention ausbauen

Die kommunale Kriminalprävention hat sich in vielfältiger Weise zur Vorbeugung von Straftaten bewährt. Wir werden alle Möglichkeiten nutzen, dieses Präventionsinstrument zur Bündelung polizeilicher, behördlicher, schulischer und gesellschaftlicher Kräfte im kommunalen Raum auszubauen und zu erweitern.

Die von uns geplante Ausweitung demokratischer Teilhabe- und Mitbestimmungsrechte der Bürgerinnen und Bürger wird auch auf die Arbeit der Polizei erhebliche positive Auswirkungen haben. Wir werden alles tun, damit die Polizei nicht zum Prellbock widerstreitender gesellschaftlicher und politischer Interessen gemacht wird und mit polizeilichen Mitteln Konflikte austragen muss, die in erster Linie politisch zu lösen sind.

Gewalt gegen Polizei stoppen

Wir wollen, dass jegliche Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte geächtet wird. **Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten ist kein Kavaliersdelikt**. Wir zollen der Polizei Respekt und Anerkennung für ihre schwierige Arbeit und wir müssen sie vor tätlichen Angriffen und vor Aggression schützen. Wir fordern und fördern eine Kultur des gegenseitigen **Respekts und der Wertschätzung** der polizeilichen Arbeit.

Wir werden eine **individualisierte anonymisierte Kennzeichnung der Polizei bei sog. „Großlagen“ einführen**, unter strikter Wahrung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung der Polizistinnen und Polizisten.

Wir werden die Beschlussempfehlungen im gemeinsamen Minderheitenvotum von SPD und GRÜNEN im Untersuchungsausschuss zur Aufarbeitung des Polizeieinsatzes am 30.9.2010 in Stuttgart umsetzen. Dazu gehört auch ein **bürgerfreundliches Versammlungsgesetz** für Baden-Württemberg.

Erste Anmerkungen der DPoIG

Wie man unter der Überschrift „Gewalt gegen Polizei stoppen“ eine individualisierte, anonymisierte Kennzeichnungspflicht für Polizisten bei „Großlagen“ (vermutlich sind Einsätze von geschlossenen Einheiten gemeint) verkaufen will, ist nicht nachvollziehbar. Wie kann man mehr Respekt und Wertschätzung für die Polizisten fordern und ihnen mit solchen Absichten im gleichen Atemzug erklären, dass man ihnen beim Einsatz doch misstraut und sie deshalb kennzeichnen will.

Wenn in dem neuen „bürgerfreundlichen Versammlungsgesetz“ dann auch eine „Barcodierung“ von Versammlungsteilnehmern (natürlich auch unter strikter Wahrung deren Rechte auf informationelle Selbstbestimmung!) einführt, lassen wir vielleicht mit uns reden. Ansonsten kündigen wir heftigen Widerstand gegen eine solche Absicht an.

Waffenrecht verschärfen

Über eine Bundesratsinitiative werden wir eine Verschärfung des Waffenrechts angehen, insbesondere mit dem Ziel, ein generelles Verbot für den Privatbesitz von großkalibrigen Faustfeuerwaffen durchzusetzen (mit Ausnahme der Jäger). Auch die Kontrolle der so genannten Altfälle unter den Sportschützen im Waffenrecht muss strenger und rechtssicher geregelt werden. Wir werden zudem rasch die erforderlichen Konsequenzen aus der vom Landtag bereits beschlossenen Evaluation der Kontrollen von Waffen und Munition ziehen. Wir streben eine dauerhafte höhere Kontrolldichte durch die Waffenbehörden an.

Örtliche Gefahrenabwehr stärken

Zur Verbesserung der Gefahrenabwehr und des Katastrophenschutzes werden wir die Einrichtung integrierter Leitstellen für Feuerwehr und Rettungsdienste fördern, die Förderung von Leitstellen an diesem Ziel ausrichten und die Instrumente zur Gefahrenabwehr weiter bündeln. Die rechtliche Absicherung von Einsatzkräften wollen wir vereinheitlichen.

Extremismus entschlossen bekämpfen

Rechtsextremismus ist auch ein baden-württembergisches Problem. Unser Land erlebt ein kontinuierliches Erstarken der rechtsextremen NPD und ihrer Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN). Die rechtsextremistische Szene erprobt neue strategische Ansätze, die neue Gegenstrategien notwendig machen. Andere Teile der extrem rechten Szene bewegen sich in einer Grauzone zwischen radikalem Nationalismus und demokratisch-rechtskonservativen Positionen und versuchen gezielt, extremistisches Gedankengut salonfähig zu machen.

Wir werden deshalb den Kampf gegen Rechtsextremismus entschlossen und mit großem Nachdruck fortsetzen.

Die NPD ist eine Bedrohung für unsere Demokratie. Wo sie auftritt, stellt sie die Werte einer offenen Gesellschaft in Frage, hetzt gegen Andersdenkende, Ausländerinnen und Ausländer, verleugnet die Verbrechen der NS-Diktatur und schürt antisemitisches Gedankengut. Gegen die braune Propaganda setzen sich Bürgerinnen und Bürger in allen Bundesländern engagiert zur Wehr. Dieses Engagement unterstützen wir mit allen Mitteln des demokratischen Rechtsstaates. Es ist schwer zu ertragen, dass eine extremistische Partei wie die NPD vom Parteienprivileg profitiert und ihre menschenfeindliche und menschenverachtende Politik mit Steuergeldern finanziert.

Die NPD ist einer der Kristallisationspunkte des Rechtsextremismus auch in Baden-Württemberg. Wir werden deshalb prüfen, welche Vorgehensweise gegen die NPD rechtlich geboten ist, insbesondere ob die Voraussetzungen für die Einleitung eines neuerlichen Verbotsverfahrens vorliegen.

Neben einem konsequenten repressiven Vorgehen gegen rechtsextremistische Gruppierungen, wollen wir dem Rechtsextremismus durch Prävention den Nährboden entziehen. Die Bestrebungen der schwarz-gelben Bundesregierung, erfolgreich arbeitende Präventionsprogramme gegen Rechtsextremismus in allgemeine Programme gegen Extremismus umzuwidmen, sind falsch und gefährden deren Erfolg. Ein klares Nein sagen wir auch zu der von der Bundesregierung geplanten „Extremismusklausel“. Wir werden sie nicht auf Landesebene übernehmen. Diese Klausel der Bundesregierung unterstellt, dass gerade Demokratieinitiativen in einem besonderen Maße geneigt wären, mit antidemokratischen Partnerinnen und Partnern zu kooperieren und etabliert einen Generalverdacht gegen all jene, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren.

Wir werden die Projektträger vor Ort stärken, also genau dort helfen, wo man sich direkt mit rechtsextremistisch orientierten Jugendlichen auseinandersetzt. Demokratie braucht starke Demokratinnen und Demokraten. Wir setzen auf eine verbesserte Demokratieverziehung in der Schule, die demokratische Werte frühzeitig erfahrbar und erlernbar macht.

Unabhängigen Datenschutz stärken

Angetrieben durch die damalige Opposition und auf der Basis eines Oppositionsantrags sind CDU und FDP zum Ende der vorangegangenen Legislaturperiode endlich die Novellierung des Landesdatenschutzgesetzes angegangen. Die von uns seit Jahren geforderte Zusammenlegung des Datenschutzes für den öffentlichen und den nichtöffentlichen Bereich und dessen Bündelung beim Landesbeauftragten für den Datenschutz ist nun seit dem 1. April 2011 Wirklichkeit.

Diese Novellierung blieb in einigen Punkten hinter unseren Erwartungen und Forderungen zurück. Um unsere Vorstellung von einem völlig unabhängigen, bürgernahen und effizienten Datenschutz zu verwirklichen, streben wir eine rasche Novellierung an. Dabei soll die beim Landtag angesiedelte Datenschutzbehörde bei angemessener Ausstattung mit Personal und Sachmitteln den Status einer obersten Landesbehörde erhalten mit eigenen Sanktionsbefugnissen für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten.

Datenschutz ist auch eine Bildungsaufgabe. Regelungen zur Vermittlung von Datenschutzbewusstsein müssen deshalb nicht nur in den Datenschutzgesetzen, sondern auch in den Lehrplänen von Bildungseinrichtungen verankert werden.

Wir wollen auch die behördlichen und betrieblichen Datenschutzbeauftragten als wichtiges Element der Eigenkontrolle stärken. Sie sollen ihre Aufgaben unabhängig, kompetent und mit ausreichenden Möglichkeiten wahrnehmen können.

Wir werden bei einer Novellierung des Datenschutzgesetzes des Landes auch die sehr kurzfristig in das Gesetz aufgenommene Videoüberwachung im Rahmen der Erfüllung öffentlicher Aufgaben oder in Ausübung des Hausrechts neu regeln und dabei insbesondere die Forderungen des Landesdatenschutzbeauftragten umsetzen.

Datenschutz ist Grundrechtsschutz. Die Wahrung des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung ist in der modernen digitalen Welt Grundvoraussetzung für die demokratische Verfassung einer Informations- und Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts. Wir werden deshalb auch über den Bundesrat Initiativen auf den Weg

bringen, um den grundrechtlich verbürgten Datenschutz in allen Lebensbereichen wirksam, transparent und bürgernah zu verankern.

Dies gilt zuvorderst für die Entwicklung eines modernen Beschäftigtendatenschutzes im Hinblick auf Videoüberwachung, Überwachung von E-Mails, die Kontrolle der Internetnutzung am Arbeitsplatz, beim Detektiveinsatz gegenüber Beschäftigten und beim Informantenschutz.

Wir werden auch initiativ werden, um die Erarbeitung eines internetfähigen Datenschutzrechts, das sich den Gegebenheiten der globalen Netzwelt anpasst, voranzutreiben. Dabei gilt: Das vom Bundesverfassungsgericht neu entwickelte Grundrecht der Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme muss unverletzt bleiben. Die Kommunikationsdaten von Geheimnisträgern dürfen nur unter hohen Auflagen untersucht werden.

Bei der Vorratsdatenspeicherung setzen wir uns dafür ein, die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts präzise einzuhalten.

Das Sperren von Internetseiten lehnen wir ab und vertreten stattdessen das wirksamere und effizientere Prinzip „Löschen statt Sperren“.

Verwaltungsstrukturen modernisieren

Die Verwaltung in Baden-Württemberg wurde durch das Verwaltungsreformgesetz aus dem Jahr 2005 in wesentlichen Teilen neu strukturiert. Nicht in allen Bereichen konnten bisher die damit verbundenen Erwartungen erfüllt werden. Wir werden die kritische Überprüfung der Aufgaben und der Entwicklung der Ausgaben in enger Abstimmung mit den Beschäftigten fortsetzen, notwendige Korrekturen bei den Strukturen und Zuständigkeiten vornehmen und weitere Verbesserungen erarbeiten.

Erste Anmerkungen der DPOIG

...dazu werden wir auch einiges zu sagen haben.

Wir werden die verschiedenen Empfehlungen des Rechnungshofs für eine effizientere Verwaltung, insbesondere im Bereich der EDV, zeitnah aufgreifen. Unser Ziel ist es, die Verwaltung transparent, effektiv und bürgernah zu gestalten.

Ein starker öffentlicher Dienst

Wir wollen, dass unser Land handlungsstark und bürgerfreundlich verwaltet wird, effizient und zuverlässig. Hierzu brauchen wir einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst mit qualifizierten und motivierten Beschäftigten.

Um die besten Köpfe für unser Land zu gewinnen, soll das Dienstrecht weiterentwickelt und modernisiert werden. Wir wollen zum Beispiel eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf erreichen, Teilzeitoptionen auch in Führungspositionen anbieten, mehr Flexibilität gewähren und fortwährend Angebote zur Weiterbildung unterbreiten. Die Beschäftigung in sachgrundlos befristeten Arbeitsverhältnissen und die Leiharbeit im öffentlichen Dienst lehnen wir ab – zum Wohl der Beschäftigten und als Vorbild für private Arbeitgeber.

Im hoheitlichen Bereich, insbesondere in der Justiz, in der Finanzverwaltung und bei der Polizei, setzen wir auf eine beständige Beamtenschaft, die ihre ho-

heitlichen Aufgaben verantwortungsbewusst und verlässlich wahrnimmt. Im nichthoheitlichen Bereich streben wir in Abstimmung mit anderen Bundesländern an, die Beschäftigung im Angestelltenverhältnis auszubauen und stärker als bisher Möglichkeiten der Flexibilisierung zu nutzen.

Die Besoldung wird sich auch weiterhin an den Tarifergebnissen des öffentlichen Dienstes orientieren, wobei besondere Leistungen auch durch **besondere Besoldungselemente** gewürdigt werden sollen. Wir werden prüfen, ob **Besoldungsverschiebungen hin zur Familiengründungsphase** realisierbar sind. Wir sind uns einig darin, dass die zunehmende Differenz in der Höhe der Altersversorgung bei den Beamtinnen und Beamten in den Spitzenbesoldungsgruppen („B-Besoldung“) einerseits und bei den Angestellten andererseits ein nicht zu rechtfertigendes Gerechtigkeitsdefizit darstellt. Wir streben an, diese Diskrepanz zu verringern.

Erste Anmerkungen der DPoIG

„Besoldungsverschiebungen hin zur Familiengründungsphase“, „besondere Besoldungselemente für besondere Leistungen“, „Gerechtigkeitsdefizit verringern“
Nachtigall ik hör´ dir trapsen!

Es ist hier auch nur von „Besoldung“ die Rede und nicht auch von „Versorgung“!

Die Dienstrechtsreform aus dem Jahr 2010 hat neben vielen positiven Fortentwicklungen einige Veränderungen bewirkt, die es zu korrigieren gilt. Die Regelung zu den **Sonderaltersgrenzen** bedarf einer **Überprüfung** und einer **Neuregelung** unter stärkerer Berücksichtigung der besonderen Anforderungen durch Einsatz- und Sonderbelastungen. Die Maßnahmen zur **Gesundheitsvorsorge** werden wir mit Blick auf die verlängerte Lebensarbeitszeit ausbauen und gesetzlich verankern. Beamtinnen und Beamte in eingetragener **Lebenspartnerschaft** sind in dienstrechtlichen Fragen ihren verheirateten Kolleginnen und Kollegen gleichzustellen. Im Personalvertretungsrecht werden wir die vorgenommenen Einschränkungen zurückführen und die Rechte der Interessenvertretungen mit Blick auf ihre verantwortungsvolle Aufgabewahrnehmung ausbauen und stärken.

Erste Anmerkungen der DPoIG

Für die Berücksichtigung der besonderen Belastungen im Bezug auf die Sonderaltersgrenzen bei Polizei und Feuerwehr haben wir umfassende, alternative Vorschläge bei der Dienstrechtsreform erarbeitet und vorgelegt. Diese können jederzeit und gerne neu verhandelt werden.

Die Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften nicht nur in dienstlichen, sondern vor allem auch in besoldungs- und versorgungsrechtlichen Fragen haben wir bereits im Zuge der Verhandlungen zum Dienstrechtsreformgesetz gefordert.

Die Stärkung und den Ausbau der Rechte der Interessensvertretungen begrüßen wir natürlich ausdrücklich und sind auf die Realisierung sehr gespannt.

Ein ganz wichtiger Schwerpunkt im öffentlichen Dienst wird die Frage der qualifizierten Aus- und Weiterbildung sein. Die Fachhochschulen für Verwaltung und Finanzen werden wir für externe Studienbewerber öffnen und die Ausbildungsziele der Führungsakademie mit dem Ziel weiterentwickeln, Transparenz, Bürgernähe und Verwaltungseffizienz zu optimieren. Künftig soll die Lehre nicht nur auf die Verwaltung in Baden-Württemberg abzielen, sondern auch den Bedarf nach Verwaltungsexperten aus anderen nationalen und internationalen Organisationen bedienen.

Schlussbemerkung der DPoIG

Über die vorgenannten ersten Anmerkungen hinaus wird sich die DPoIG intensiv mit der gesamten Koalitionsvereinbarung befassen und sich auch mit dem gewerkschaftlichen Dachverband, dem BBW, abstimmen. Sicherlich werden wir mit den künftigen Regierungsverantwortlichen noch zahlreiche Gespräche führen und unsere Positionen verdeutlichen.

02 Stuttgarter Polizeipräsident Stumpf geht aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand

Quelle: Pressemitteilung des IM BW vom und Mail von PP Stumpf an die Mitarbeiter des PP Stuttgart 27.04.2011



Baden-Württemberg

INNENMINISTERIUM
PRESSESTELLE

PRESSEMITTEILUNG

27. April 2011

Innenministerium entspricht dem Antrag des Stuttgarter Polizeipräsidenten auf Versetzung in den Ruhestand

Das Innenministerium hat dem Antrag des Stuttgarter Polizeipräsidenten Siegfried Stumpf auf Versetzung in den Ruhestand aus gesundheitlichen Gründen entsprochen. Die Amtszeit endet mit Ablauf des Monats April.

E-Mail an alle Mitarbeiter des PP Stuttgart
Gesendet: Mittwoch, 27. April 2011 11:01

Sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, liebe Kolleginnen und Kollegen,

im Laufe dieses Monats habe ich das Innenministerium ersucht, mich aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand zu versetzen. Diesem hat der Herr Innenminister zugestimmt.

Somit gebe ich mein Amt als Polizeipräsident des Polizeipräsidiums Stuttgart zum Ende des Monats April 2011 ab und trete in den Ruhestand.

Mir ist es ein Anliegen, Sie hierüber direkt und auf diesem Weg dennoch persönlich zu informieren.

Die Mitglieder der Leitungskonferenz und den Vorstand des Örtlichen Personalrats habe ich heute ebenfalls darüber informiert.

Anfang Mai möchte ich mich bei möglichst vielen von Ihnen persönlich verabschieden. Hierzu plant die Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit auf meine Bitte eine Veranstaltung, zu der Sie noch rechtzeitig eingeladen werden.

Schon jetzt danke ich Ihnen allen sehr für Ihre Arbeit, für viele wichtige Begegnungen und Gespräche, in denen ich immer wieder Offenheit und Leidenschaft für unseren Beruf gespürt habe. Mein besonderer Dank gilt all jenen, die mir in den letzten Monaten große Loyalität und Solidarität entgegen gebracht haben.

Machen Sie alle weiter, kraftvoll, motiviert und überzeugt für das Polizeipräsidium Stuttgart und die Polizei Baden-Württemberg - für die Stadt und das Land.

Mit kollegialen und herzlichen Grüßen

Ihr

Siegfried Stumpf

Dpa 27.04.2011 14.11 Uhr

Grün-Rot muss gleich zu Beginn über zwei prominente Personalien bei der Polizei entscheiden. Nach dem Präsidenten des Landeskriminalamts geht nun auch der Stuttgarter Polizeipräsident. SPD und Grüne hatten seine Ablösung wegen eines Wasserwerfereinsatzes gefordert.

Stuttgart (dpa/lsw) - Der für den umstrittenen Einsatz gegen Stuttgart-21-Gegner verantwortliche Polizeipräsident Siegfried Stumpf gibt sein Amt auf. Nach Angaben des Innenministeriums vom Mittwoch wird der 60-Jährige Ende April aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand versetzt. Am 30. September 2010 waren weit mehr

als hundert Demonstranten im Stuttgarter Schlossgarten verletzt worden. Auch Dutzende Polizisten kamen zu Schaden. Stumpf hatte die Entscheidungen vor dem «schwarzen Donnerstag» und den Einsatz befehligt.

Wer neuer Stuttgarter Polizeichef wird, ist nicht bekannt. Der Nachfolger wird von der künftigen grün-roten Landesregierung bestimmt. Dazu macht der neue Innenminister, der von der SPD gestellt wird, einen Vorschlag. Auch die Entscheidung, wer neuer Präsident des baden-württembergischen Landeskriminalamts wird, wird nicht mehr von der scheidenden CDU/FDP-Landesregierung getroffen.

Zur Räumung des Baufelds für das Bahnprojekt hatte die Polizei im Stuttgarter Schlossgarten Wasserwerfer, Schlagstöcke und Reizgas eingesetzt. Die Bilder von Menschen unter anderem mit schweren Augenschäden gingen um die Welt.

Der Landtag setzte auf Antrag der SPD einen Untersuchungsausschuss ein. Er sollte klären, ob es eine Vorgabe der CDU/FDP-Landesregierung für das harte Vorgehen der Beamten gab. Der Ausschuss beendete mit völlig unterschiedlichen Bilanzen von Opposition und Regierungskoalition seine Arbeit. CDU und FDP bestritten einen politischen Einfluss. Dagegen machten SPD und Grüne Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) für den Einsatz verantwortlich. Stumpf hatte eingeräumt, dass der Einsatz nicht so ablief wie geplant. Er habe aber keine Weisungen aus der Politik erhalten.

Grün-Rot muss sich kurz nach der Machtübernahme noch um einen weiteren Spitzenposten kümmern: Der bisherige LKA-Präsident Klaus Hiller war Anfang Februar in den Ruhestand gegangen, seither ist der Posten verwaist. Als potenzieller Nachfolger galt zuletzt Dietrich Moser von Filseck, Chef der Landespolizeidirektion Tübingen.

In die Amtszeit des 60 Jahre alten Hiller fielen zuletzt auch einige Fahndungsspannen der Polizei, die die Landtagsopposition Innenminister Heribert Rech (CDU) ankreidete. Dazu zählte der Fall der in Heilbronn ermordeten Polizistin. Lange Zeit wurde eine Genspur, die auf verunreinigte Wattestäbchen zurückging, einer nicht existierenden Serienmörderin zugeordnet. Auch wurde unmittelbar nach dem Amoklauf von Winnenden im März 2009 fälschlicherweise bekanntgegeben, es habe vorab eine Ankündigung des Täters im Internet gegeben.

Anmerkungen der ID-Redaktion:

Kurz und knapp teilte das Innenministerium per Pressemitteilung kurz nach 12.00 Uhr mit, dass Polizeipräsident Siegfried Stumpf mit Ablauf des Monats aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand versetzt wird. Eine Stunde zuvor unterrichtete Stumpf die Mitarbeiter des PP Stuttgart per E-Mail davon, dass sie in wenigen Tagen keinen Chef mehr haben. Auch in dieser Mitteilung gibt er selbst gesundheitliche Gründe für sein Ausscheiden aus dem aktiven Dienst an. Doch in und zwischen den Zeilen ist deutlich herauszulesen, dass „die letzten Monate“ für die Entscheidung ausschlaggebend waren. Die letzten Monate, die Monate nach dem 30. September, der Landtagsuntersuchungsausschuss, die unsäglichen Anfeindungen und Unterstellungen müssen auch für Stumpf ein Martyrium gewesen sein. Dass dies alles auch an der Gesundheit eines Menschen zehrt, ist allzu menschlich. Stumpf hat von Anfang an die Verantwortung für den Polizeieinsatz am 30. September übernommen. Er

alleine, nicht die Politik. Er hat diese Verantwortung nicht nur auf seine eigenen Schultern genommen, sondern für die gesamte Polizeiführung des Landes stellvertretend getragen. Für eine Polizeiführung, die in taktischen Angelegenheiten damals und in Zukunft von der Politik unabhängig sein muss. Auch unter einer grün-roten Landesregierung, und auch dann noch, wenn der Stresstest für Stuttgart 21 positiv ausgehen sollte, sich bei der Volksabstimmung eine Mehrheit für Stuttgart 21 finden sollte und rot-grün letztlich die politische Verantwortung für weitere Baumfällarbeiten im Stuttgarter Schlossgarten übernehmen müssen. Dafür, genau dafür gebührt Stumpf Lob, Dank und ehrliche Anerkennung.

Die DPoIG sagt dem scheidenden Polizeipräsidenten von Stuttgart Adieu, bedankt sich sehr herzlich für seine Mitarbeiterverantwortung und für sein kompetentes und menschliches Wirken für die Polizei. Wir wünschen ihm alles Gute für den Ruhestand.

Ende DPoIG-ID Nr. 16/2011